

MILAN HLAVÁČKA*

WARUM IST DAS HABSBURGERREICH ZERFALLEN: VON PRAG AUSGESEHEN

Von meinen Eltern und vor allem von den Großeltern weiß ich, dass die Entstehung der Tschechoslowakischen Republik nicht so einfach und selbstverständlich war, wie es die Schullehrbücher bei uns darstellen. Den ersten Zweifel in das Vertrauen an diese schulischen Geschichtskennntnisse flößte mir die Großmutter ein, eine Hausfrau und Arbeiterin, die noch in den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts behauptete, dass manche Leute geweint haben, als Österreich-Ungarn nach dem ersten Weltkrieg von der politischen Karte Mitteleuropas verschwunden war. Na gut, meine Großmutter war Slowakin und stammte aus Oberungarn, wo damals die geistliche, kulturelle und nationalpolitische Lage sicher eine andere war als in Böhmen und Mähren. Aber was sollte ich mir denken, als ich später am Gymnasium erfahren habe, dass das allererste Gesetz der neuen Republik lautete, alle Gesetze der alten Monarchie blieben in Kraft. Es musste schon ein merkwürdiger Staat gewesen sein, wenn da ein solcher rechtlicher Rahmen gegolten haben sollte, der auch für die neue Republik passend war. Dahinter konnte nicht nur die bloße Angst vor den ausgehungerten, wild gewordenen und antisemitisch und sozialistisch gelaunten Massen stecken. Es war sicher auch eine gewisse Art der Anerkennung und ein Qualitätssiegel der Funktionsfähigkeit der alten Monarchie.

I. Der demographische und kulturelle Aufschwung der Tschechen in der Doppelmonarchie in Zahlen

Die Tschechen waren eine slawische Nation mit lebendigen Erinnerungen an den böhmischen mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Staat, die sich im liberalen Österreich gerade in einem einzigartigen

* Academy of Sciences of the Czech Republic, Institute of History, Prague.

demographischen, kulturellen, nationalen und wirtschaftlichen Aufschwung befanden. Im Jahr 1910 lebten in Böhmen, Mähren und Schlesien über 6 Millionen Tschechen (6,4 Millionen insgesamt mit Wien). Der jährliche Bevölkerungszuwachs betrug über 1%. In Böhmen bildeten die Tschechen 63,1% der Bevölkerung, in Mähren 71,7% und in Schlesien 24,3%. Die Tschechen machten 23% der Bevölkerungsquote von Zisleithanien aus. In Böhmen lebten die Tschechen im Inland, in Mähren überall mit Ausnahme von zwei Sprachinseln: Kuhlädchen und Iglauer Sprachinsel. In Schlesien lebten sie vor allem zwischen Ostrau und Frydlant. Der Anteil der deutschen und tschechischen Bevölkerung am Arbeitsmarkt war schon 1910 ausgeglichen. Die Tschechen waren bereits in allen ökonomischen Tätigkeiten vertreten mit Ausnahme des Großhandels. Um 1900 waren 93,7 Prozent aller Tschechen alphabetisiert. Tausende Grundschulen, über 100 Mittelschulen, eine Universität, eine Akademie der Wissenschaften, eine Technik (sie verfügten auch über zwei Enzyklopädien) – das war sicher das Zeichen einer totalen Emanzipation.

II. Das böhmische Staatsrecht und was von ihm geblieben ist. Oder wie eine nach-oder neben- und nichtösterreichische Perspektive erwachte

Das böhmische Staatsrecht war eine konservative, national autonome Idee und auch eine Ideologie. Letztendlich war es auch eine praktische Politik, die für die tschechischen politischen Parteien sicher ab 1861 bis zum Jahr 1879 maßgebend war. Staatsrechtliche Deklarationen, die Russlandreise von 1867, Meetingsbewegung, der Bau des Theaters, Feierlichkeiten anlässlich des 70. Geburtstags von Franz Palacky, die Wallfahrt nach Konstanz oder halboffizielle Verhandlungen mit Hof und Regierung – das alles waren außerparlamentarische Mittel, die zur Durchsetzung des Staatsrechts führen sollten. Ihre Blütezeit brach nach der Teilung des Reiches 1867 an und dauerte nur bis Mitte der 70er Jahre, als der böhmisch-österreichische Ausgleich auf Grund der sogenannten Fundamentalartikel fast zustande kam und Böhmen innerhalb Zisleithaniens eine autonome Einheit bilden sollte. Nach der Stabilisierung des Dualismus wurde diese harte staatsrechtliche Ideologie als tägliche praktische Politik unauffällig verlassen, um immer wieder bei Wahlagitationen als eine Kampfidologie für künftige politische Horizonte zu erwachen.

Der Versuch um einen tschechisch-deutschen Ausgleich von 1890 sowie mehrere spätere Entwürfe der sprachlichen und verwaltungstechnischen Abgrenzung der Tschechen von den Deutschen innerhalb des böhmischen Königreiches stellten aber im Grunde genommen eine klare Negation der Idee des böhmischen Staatsrechts dar. Die Ideologie des böhmischen Staatsrechtes war nämlich eine territoriale Idee. Sie beanspruchte die Autonomie des ganzen Gebietes des Königreiches, also auch für diejenigen Gebiete, die von den Deutschen bewohnt waren. Nach dem Scheitern der sogenannten Punktationen im Jahr 1891 entstand jedoch eine neue Situation: Der Hauptträger dieser Ideologie und dieses politischen Programms, also die Alttschechen, wurden von der politischen Bühne verjagt. Damit wurde auch das andere politische Subjekt, das ebenfalls eine eigene politische Existenz an diese Ideologie knüpfte, also der konservative Großgrundbesitz oder der historische böhmische Adel, beträchtlich geschwächt (geschwächt wurde selbstverständlich auch die Regierung Taaffe). Der neue Hegemon der tschechischen Politik – die Jungtschechen – haben vielleicht instinktiv gespürt, dass nach der administrativen Teilung des Königreiches die Chance zur Durchsetzung eines maximalen staatsrechtlichen Programms gleich null sein würde. Die Jungtschechen versuchten dieses Programm zu konkretisieren und noch mehr zu nationalisieren, jedoch verriet die inneren Kämpfe in dieser Partei, dass niemand eine klare Vorstellung darüber hatte, wie man mit diesem Programm in der Periode der antretenden Massenparteien arbeiten sollte. Die Fundamentalartikel von 1871 wurden selbst in dieser Partei vertraulich als Fehler dargestellt, der die tschechischen politischen Ambitionen blockieren konnte. Als Novum kann auch die Tatsache betrachtet werden, dass dieses nationalisierte staatsrechtliche Programm schweigend auf Mähren und das „tschechische Schlesien“ ausgedehnt wurde und dass nun vor allem die konkrete politische Arbeit in Selbstverwaltungsvertretungen in den Vordergrund gestellt wurde. Obwohl František Palacky politisch Alttscheche war, wurde seine berühmteste Sentenz, die er kurz vor der Vollendung des Dualismus als Warnung geschrieben hat, dass die Tschechen vor Österreich waren und auch nach Österreich existieren werden (sprich: als eine ewige Nation, ungeachtet der äußeren Staatsform), nach 1891 zum Gedankengut der Jungtschechen und blieb immer als eine politisch und existentiell verankerte Sicherheit im Hintergrund der politischen Erwägungen aller bürgerlichen Parteien präsent. Diese neue Gedankenperspektive drückte eigentlich die Überzeugung aus, dass die Tschechen, jetzt ohne den Vorwurf Staatsverräter zu sein, den politischen Vorteil nutzen konnten, eine günstigere

Zeit abzuwarten, um sich dann selbst für eine eventuelle andere, das heißt nicht- oder nebenösterreichische Perspektive entscheiden zu können, was vor allem der jungtschechische Obmann Karel Kramář dann auch wirklich vor dem ersten Weltkrieg halb theoretisch und halb praktisch tat.

Seit den 60er Jahren des 19. Jahrhunderts standen also in Böhmen und teilweise auch in Mähren zwei gegensätzliche politische und staatsrechtliche Konzeptionen einander gegenüber. Die eine wollte von konservativ staatsrechtlichen und manchmal staatsfeindlichen Positionen ausgehend ein autonomes Königreich Böhmen mit Tschechen und Deutschen unter der Hegemonie der Tschechen, eine andere, ausgeprägt liberale, beharrte konsequent auf der Integrität Zisleithaniens. Der historische und rechtliche Föderalismus stand unversöhnlich in Opposition zum liberalen (deutschen) Zentralismus. So war die äußere Optik in Böhmen und Zisleithanien eingestellt. Einen viel wichtigeren Konfliktstoff als diesen Streit der Ideen stellte aber jene konkrete politische Tatsache dar, dass die deutschen Liberalen in Böhmen die offizielle Landespolitik nur mehr indirekt beeinflussen konnten, weil sie nach der Änderung der Wahlgesetze seit Mitte der 80er Jahre im böhmischen Landtag zur ewigen Opposition verurteilt waren. Sie konnten der tschechischen politischen und wirtschaftlichen Offensive keinen legalen und effektiven Halt mehr geben. Nach der Jahrhundertwende wollten sie aber auch nicht nur bloß von Gnaden der böhmischen Konservativen im Landtag wirken. Sie begannen neue politische Mittel zu suchen, um ihre politisch prekäre Situation zu verändern. Die Folge davon war die faktische Lähmung des böhmischen Landtags. Im Landtag konnte man nach 1900 lediglich ein Budgetprovisorium, Notvorlagen und ein paar wirtschaftliche Gesetze verabschieden. Und dieses Beschlussminimum sollte nach 1905 noch vermindert werden. Es war dann z. B. mehr oder weniger klar, dass die autonomen Finanzen des Landes in naher Zukunft bankrott machen würden. Die in den breiten Schichten der Bevölkerung so unbeliebte Biersteuer war nämlich nur bis 1909 verlängert worden. Um die tschechische politische und wirtschaftliche Offensive zu stoppen, nutzten die deutschen Abgeordneten die drohende Insolvenz des Landes als effektives Mittel der politischen Erpressung aus. Die finanzielle Not sollte in den künftigen politischen Verhandlungen über das neue Landesstatut, über die neue Verteilung der bürokratischen Posten im Land und über die Reform des Landeswahlrechtes zur politischen Peitsche werden. Wie bekannt, endete diese Entwicklung im Sommer 1913 tatsächlich mit dem totalen Bankrott der Landesfinanzen und mit der Suspendierung der Landesautonomie. Der Landtag als einzige legale Plattform der Landes-

politik und Ausdruck der deutsch-tschechischen politischen Koexistenz in Böhmen hörte auf, diese Rolle zu spielen. Diese Unfähigkeit, einen politischen Konsens im Land zu finden, führte nicht nur zu düsteren politischen Zukunftsprognosen, sondern auch zur Suche nach anderen – nicht-parlamentarischen und nichtösterreichischen – Lösungen, die diese politische Sackgasse durchbrechen sollten. Solange sich aber der prekäre Zustand der Politik noch innerhalb der relativ stabilen ökonomischen Bedingungen einer wirtschaftlichen Union und eines parlamentarischen Systems abspielte, hielt der Staat noch zusammen. Diese Situation eines latenten, aber noch mehr oder weniger parlamentarisch korrekten Kampfes währte nur bis zum Ersten Weltkrieg¹.

II.1. Die Beziehung der Tschechen zum Staat

Die Beziehung der Tschechen zum österreichischen Staat war eher negativ als positiv. Diese Negation entsprang nicht der Liebe zu einem imaginären böhmischen Staat, sondern mehr den stark verwurzelten, meistens negativen, politischen Erfahrungen, die seit 1848 erlebt wurden. Die neoabsolutistische Ära mit Havlíček's Märtyrer-Symbolik und nachher der Ausgleich, wo wieder einmal die mehrmals abgelehnte Krönung eine große symbolische Rolle spielte, schwächten den österreichischen Patriotismus der tschechischen gesellschaftlichen Eliten. Seinen Platz in ihrem Bewusstsein nahm dann der tschechische Nationalismus ein. Der österreichische Staat – oft eigentlich nur auf die Dynastie reduziert – wurde zum namenlosen Ärar degradiert, der wenig schenkt, aber viel fordert. Das Desinteresse der politischen tschechischen Parteien am Staat wurzelte auch im österreichischen konstitutionellen System selbst, der eigentlich keine Parteien kannte, wo die Exekutive immer dominierte und wo der Wahlsieger nie zum Ministerpräsidenten geworden war. Die Parteien partizipierten an der politischen Macht nur extra lege und dadurch konnten sich alle, nicht nur die tschechischen Parteien, gegenüber der des Staates fast absolut unverantwortlich verhalten. Die Hauptfiguren der tschechischen politischen Eliten waren nur selten in maßgebender Hochoexekutive Zisleithaniens vertreten. Der österreichische Staat war für sie mehr oder weniger ein Verbündeter auf

¹ Siehe dazu: Hlavačka Milan, *Das böhmische Staatsrecht in der historischen Retrospektive der letzten Jahrhunderte*, Etudes Danubiennes, 10, 1994, s. 77-94 und Tschechen und Deutsche in den böhmischen Ländern während der letzten 200 Jahre, in *Přednášky z XL VI. Běhu Letní školy slovanských studií*, Praha, 2003, str. 171-182; Urban Otto, *Die tschechische Gesellschaft 1848-1918*, Wien, Weimar, Köln, 1994.

Widerruf. Die Jungtschechen kämpften sogar programmatisch gegen das System des Zisleithanismus, statt der Unterstützung des Staates boten sie nur die Stärkung der Selbstverwaltung, bzw. nur der tschechischen Selbstverwaltung. Nur die Realisten und Politiker mit ökonomischer Ausbildung wie z. B. Josef Kaizl oder Albin Bráf wagten es unter den Tschechen diesen politischen Nihilismus Grégr's Prägung laut zu verurteilen. Die innere Beziehung zum österreichischen Staat sei eigentlich nur auf die Beziehung zur Dynastie zusammengeschrumpft. Diese konnte noch sehr breite Skalen von formellen und unformellen Äußerungen aufweisen, die sich von der jährlichen Devotion am 18. August bis zum Strick um den Hals der Statue des Kaisers Franz I. am Prager Kai erstreckten².

II.2. Die slawische Frage als Staatsverrat

Die Außenpolitik war in Österreich ein großes Tabu, und sich öffentlich kritisch zur Außenpolitik zu äußern, war schon mit Mut verbunden. Erst nach 1891 begannen die Jungtschechen öffentlich, aber sehr unglücklich und ungeschickt, zur österreichischen Außenpolitik Stellung zu nehmen. Sie kritisierten vor allem die Verbindung mit Deutschland und drückten ihre Sympathien zu Russland und dann zu Serbien aus. Sie konnten es in der Presse, im Parlament und in Delegationen tun, wo sie mit solchen Auffassungen von der Außenpolitik fast exotisch wirkten. Die slawische Thematik war in diesen Gremien immer ein heikles Thema, weil sie in sich auch ein innenpolitisches Konfliktpotential verbarg. Als Beispiel kann hier Masaryk's Kampf mit Außenminister Lexa von Aehrenthal wegen der sogenannten Hochverratsaffäre der südslawischen Politiker nach 1908 dienen. Auf diesem heiklen politischen Gebiet kam es ebenfalls wiederum nach 1891 innerhalb der tschechischen politischen Eliten zum totalen Umsturz. Während die Alttschechen ihre außenpolitischen Äußerungen auf der Basis von Palacky's und Rieger's Austroslawismus aufbauten, sprachen sich die Jungtschechen schon ganz eindeutig gegen diese innenpolitische und außenpolitische Konzeption aus. Die austroslawische Position wurde in ihren politischen Programmen gestrichen. Ein föderalisiertes Österreich stellte für die Jungtschechen nicht mehr eine staatsrechtliche Endlösung

² Neueste Forschungsergebnisse findet man in Lubos Velek, *Národní strana svobodomyšlná (mladočeská) 1889-1907. Příspěvek k dějinám politického stranictví v habsburské monarchii v období procesu modernizace*, Praha – Disertation FFUK, 2004, Manuskript.

dar. Österreich wurde jetzt nur zu einer temporären Zuflucht, die man in günstigeren Zeiten verlasse kann. Für Julius Grégr, dem Eigentümer der einflussreichsten Tageszeitung *Národní Listy*, war der Austroslawismus ein Verrat an der tschechischen Nation, weil man sich erstens nicht auf den österreichischen Staat und zweitens nicht auf die übrigen österreichischen Slawen verlassen konnte (Beispiel: die polnische Politik im Reichsrat). Dann stellte sich die Frage, was diese ideologische Lücke, wenn der Austroslawismus nicht mehr als eine positive Idee bei den Tschechen funktionierte, eigentlich ausfüllen konnte: sicherlich der Neoslawismus, ein wirtschaftlicher Panslawismus, sogar Überlegungen über die Besteigung des böhmischen Throns durch die Dynastie der Romanows. Neue tschechische Studien, welche den Zugang zu den russischen Archiven während der 90er Jahre nutzen konnten, zeigen, dass diese veränderte Position auch konkrete Taten zur Folge hatten. Es gab sogar einflussreiche tschechische Politiker und Bankiers, die so weit gegangen waren, dass sie den Russen z. B. den Stand des österreichischen Goldschatzes diskret verrieten. Die Tschechen hingegen blieben für die Russen nur Abtrünnige der slawischen Kultur und Schrift. Die russischen Panslawisten setzten keine geopolitischen Hoffnungen in sie, weil sie zu stark mit deutscher Kultur durchsetzt waren³.

II.3. Die Rolle der Selbstverwaltung und das Erwachen der Idee der Selbstständigkeit und Selbstgesetzlichkeit

Neu gebildete Gemeinde- und Bezirkvertretungen wurden nach 1864 rasch zur Basis der bürgerlichen politischen Initiative. Sie nahmen sehr bald an der Massenmobilisierung und an der Integration der breiten Bevölkerungsschichten in die nationale Politik teil (z. B. das allererste staatsrechtliche Meeting auf dem mythischen Berg Říp wurde von der Mělniker Bezirkvertretung organisiert). Der ritualisierte Nationalismus fand eine sehr starke Unterstützung in den Gemeinde- und Bezirkvertretungen. Nach außen präsentierten sich die Selbstverwaltungen immer im Gewand einer nationalen Agitation z. B. in Form von Festen, Versammlungen oder Demonstrationen, aber auch als Widerstand gegen die Staatsbürokratie. Am Ende des 19. Jahrhunderts kam es schon zur festen organisatorischen Verflechtung der tschechischen Bezirkvertretungen und tschechischen Stadtgemeinden. Bei den regelmäßigen Versammlungen dieser Dachorganisationen wurde immer selbstbewusst

³ Die neuesten Ergebnisse befinden sich in Vratislav Doubek, *Česká politika a Rusko*, Praha – Habilitationsschrift FFUK, Praha, 2004, Manuskript.

Treue zum böhmischen Staatsrecht deklariert sowie die Sehnsucht nach der alten „Selbstgesetzlichkeit“ des Königreiches.

Die Selbstverwaltung füllte im gewissen Sinne ein staatsrechtliches Vakuum aus. Sie und die nationalen Parteien waren die Hauptträger des staatsrechtlichen Bewusstseins. Dies wurde durch die Zweigleisigkeit des öffentlichen Verwaltungssystems in Zisleithanien auch leicht ermöglicht. Den Tschechen mangelte es damals an einer natürlichen Beziehung zum eigenen Staat. Der böhmische Staat war für sie zwar ein nahes, immer deklariertes, aber unerreichbares Ideal, das nur an das Königreich Böhmen gebunden war. Der österreichische Staat galt als fremdes Element und blieb das Objekt ständiger Verdächtigungen, weil er die Durchsetzung der böhmischen Staatlichkeit in jeder Form permanent blockierte. Die Selbstverwaltung verhalf also dem tschechischen homo politicus wenigstens zu einer natürlicheren Beziehung zur nächsten Macht, der nationalisierten Selbstverwaltung, zu finden, denn sie war jederzeit einsprachig.

Die tschechische Selbstverwaltung, die in Zisleithanien gerade in Böhmen theoretisch und praktisch am besten gepflegt wurde, bildete quasi eine selbstständige Mikrowelt, wo eigene Regeln des politischen Handelns ausgebaut und wo auch sehr einfache und geradlinige Stellungen zur böhmischen Staatlichkeit gefunden wurden. Hier wurden ohne jede Scheu die neuen Termini wie Selbstgesetzlichkeit und Selbstrechtlichkeit statt Unabhängigkeit und Selbstständigkeit benutzt.

Die Selbstverwaltung in Böhmen zeitigte eine tschechische und deutsche Parallelität, wo gegenseitiger Kommunikationswechsel nicht existierte. Diese Tatsache trug dazu bei, dass zur geistigen und materiellen Spaltung des Landes kam und dass beide Seiten die Überzeugung gewannen, zur Entfaltung der eigenen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Aktivitäten sei die Zusammenarbeit mit der anderen Landesnation nicht nötig. (siehe z. B. die Jubiläumsausstellung).

Im letzten Vorkriegsjahrzent kam es in der Wechselbeziehung zwischen der emanzipierten tschechischen Gesellschaft und der zentralen Exekutive zu einer beträchtlichen Veränderung der Positionen. Meiner Meinung nach könnte man gerade in der Tätigkeit der Selbstverwaltung in Böhmen die Antwort für diesen psychomentalen Wechsel finden. Die autonomen Gremien mussten sehr komplizierte Fragen der Hygiene, des Gesundheitswesens, der Bildung, der Versorgung der Bevölkerung, der Sicherheit und Kriminalität, der Bauordnung usw. lösen, was letztendlich die Zentralorgane in die organisatorische Defensive drückte.

Wie tief sich nach 1900 die Wahrnehmung des Staates verändert hat, verrät uns der zeitgenössische Experte Professor Heinrich Rauchberg. Im Jahre 1916 schrieb er: „Ja, der Staat zieht sich sogar von der Bevölkerung zurück: Seine Machtfaktoren behält er, das Militär, die Justiz und die Polizei, die mit Befehlen und Verboten, also billig amtieren. Was aber sonst große Anwendungen erfordert, die Schule, die Humanität, die Sanität, die gibt er her. So erscheint in den Augen des Volkes der Staat als der Gerichtsbüttel, als der Polizist, der Steuer-exekutor und der Soldatenerpresser. Das Land ist aber der Spender und Wohltäter...“⁴ Das Vertrauen der Bevölkerung hat sich von den Staatsbehörden zu regionalen und jetzt schon völlig nationalisierten autonomen Gremien verlagert. Die Parole könnte auch lauten: ein erstarrter Staat gegen eine hilfsbereite Landes-, Bezirks- und Gemeinde-autonomie.

Die tschechischen Selbstverwaltungsorgane standen auch 1900 im Hintergrund der Bildung der nationalen und überparteilichen Dachorganisation des Tschechischen Nationalrates, der schon systematische und ganz konkrete Schritte zur Bildung der selbstständigen tschechischen Außenpolitik durcharbeitete und koordinierte. Er organisierte z. B. Besuche britischer Journalisten in Prag, die sich mit der tschechischen Frage in Österreich an Ort und Stelle vertraut machen sollten, weiters die Finanzierung von propagandistischen Ausstellungen im Ausland oder Reisen der Prager Selbstverwaltung nach Paris unter dem Deckmantel des Besuches der Weltausstellung. Im Jahr 1908 marschierten bei der Olympiade in London die tschechischen Sokols schon unter böhmischer Flagge. Die Selbstverwaltung bildete also in Böhmen eine stete Basisbereitschaft des Landes, nicht nur zum bürgerlich kommunalen, sondern auch zum höheren Staatsleben. Die Keime der späteren bürokratischen Kaderreserven und Institutionen der Nation ohne eigenen Staat kann man gerade hier finden.

II.4. Zerfall der bürokratischen Säule

Nach der Jahrhundertwende hat die Bürokratie in Österreich einen Prozeß der Vermassung durchgemacht. In der öffentlichen Verwaltung nahmen diejenigen Prozeße eine grössere Bedeutung ein, die mit der Organisation von sozialen, wirtschaftlichen und technischen Aufgaben der Gesellschaft und der Gemeinde zusammenhingen, welche oft die

⁴ Peter Urbanitsch, *Zentralmacht und die regionale Selbstverwaltung im 19. Jahrhundert*, in *XXIII. Mikulovské sympozium 1993*, Brno, 1995, S. 92.

selbstverwaltende Bürokratie leitete. Unter dem Einfluß dieser Entwicklung verwandelte sich auch die soziale und nationale Stratifikation der Bürokratie. In dieser Zeit konnte man zum ersten Mal die Nationalisierungsprozesse innerhalb der niederen Bürokratie beobachten. Auch die zunehmende Anteilnahme der niederen gesellschaftlichen Schichten an der Macht schwächte in ihrer Nachfolge die innere Kohärenz des Staates ab. Es begann die Trennung der höheren und der niederen Bürokratie und die Trennung zwischen der Staats- und der Selbstverwaltendenbürokratie, die sich schnell nationalisierte. Als Ausdruck dieser Tendenz kann man hier die Gründung der tschechischen Fachzeitschrift für das Beamtentum *Česky úředník* im Jahr 1909 nennen, wo schon absichtlich die Idee der nationalen Zusammengehörigkeit demonstriert wurde.

Während des Ersten Weltkrieges wandelte sich die Beziehung der Bürokratie zum Staat zweimal. Am Anfang des Krieges wurden die Bande zwischen Staat und Dynastie einerseits und der Staatsbürokratie andererseits gefestigt und die Bürokratie wurde zur tatsächlichen Regierungsschicht, denn nur sie entschied nach der Schließung des Parlaments und der Landtage autoritär über den Gang der vor allem wirtschaftlichen Staatsmaschinerie. Am Ende der Kriegszeit kam es in der Folge der allgemeinen Desillusion und Depression zur Schwächung der bürokratischen Solidarität. Die Bürokratie begann sich in Folge der wirtschaftlichen Schwierigkeiten vor allem im Bereich der Versorgung der Front und des Hinterlandes noch intensiver und fast existentiell zu nationalisieren. Der regionale wirtschaftliche Partikularismus wurde dann zur Hauptbedingung des „leichten Überganges“ der österreichischen monarchistischen Staatsbürokratie in die neuen Verwaltungsstrukturen der gebildeten Republiken. Das sogenannte Hussarek's Manifest vom Oktober 1918 ermöglichte ihr dann auch formell, ohne starke Gewissensbisse, in die neuen politischen Verhältnisse überzugehen.⁵

III. Der erste Weltkrieg als Katalysator des Zerfalles oder Märtyrer der Selbständigkeit endlich gefunden

Während des Krieges wurden alle parlamentarischen politischen Spielregeln aufgekündigt, und anstelle der parlamentarischen Debatte leitete man lediglich eine Persektionswelle ein, die ihren Höhepunkt sicherlich in der Verhaftung und schließlich auch in der Verurteilung der Reichstagsabgeordneten Karel Kramář und Alois Rašín fand. Als Begründung dafür führt man an, beide hätten „die Verselbständigung der

⁵ Jan Mertl, *Byrokracie. Studie politickosociologická*, Praha, 1937.

Böhmischen Krone einschließlich einer Verbindung mit der ungarischen Slowakei“ angestrebt. Wenngleich die verkündete Todesstrafe durch Erhängen nicht vollzogen wurde, gewann das böhmische Staatsrecht sehr attraktive Märtyrer. Die Tschechen zogen während des Krieges immer häufiger und konkreter die Möglichkeit einer anderen, „nicht-österreichischen“ Entwicklung in Erwägung. Als starke Demütigung empfanden sie auch die absichtliche „Korrektur“ des bisherigen Staatswappens. Die böhmischen Länder waren dort als eigener Staat im großen Wappen der habsburgischen Länder leicht erkennbar, denn rechts oben am Hauptschild war das Wappen des Königreiches Böhmen unter der böhmischen Krone und rundherum das „Wappen der dieser Krone einverleibten Länder“ angebracht. Im Oktober 1915 ordnete eine Neugestaltung dieses Wappens die Auflösung der böhmischen Gruppe an, und die Wappen der böhmischen Länder wurden unter die der anderen Länder „abgelegt“. Dieselbe Säuberung wurde in tschechischen Geschichtslehrbüchern durchgeführt. Es war die verspätete Mühe, die nationalistische Idee durch die dynastische zu ersetzen. Aber wichtiger als diese konkrete Gegenaktionen der bürokratischen Maschinerie war vielleicht, dass die vielfältigen Konflikte, die sich jahrelang angesammelt hatten und die früher nur eine potentielle Rolle spielen konnten, jetzt in der Krise der allgemeinen menschlichen und politischen Werte, zur Geltung kamen und alle versteckten Gefühle, Erwägungen, Hintergedanken und Positionen ausbrachen. Dann ging es nur mehr um eine formelle Anpassung an den Gedanken, alleine zu gehen und die schwere Belastung des verlorenen Krieges, der nicht der ihre war, in dem Moment abzuwerfen. Ende Oktober lag die Macht wirklich auf den Kopfsteinpflastern und alle mitteleuropäischen Monarchien befanden sich in Trümmern.

WHY THE HABSBURG EMPIRE FELL APART:
PRAGUE'S PERSPECTIVES
(Summary)

Keywords: dualist monarchy, Czech nation, federalist orientation, liberal orientation, nationalism, autonomy.

The complex process that led to the separation of the dual monarchy, with its collapse and the emergence of the Czechoslovak Republic is analyzed from several perspectives. A first point of view reveals the strong demographic development of the Czech nation, which at the census of 1910 got to over 6 million people, scattered across Bohemia, Moravia and Silesia. The demographic progress has been reinforced by an unprecedented economic and cultural development, all showing signs of total emancipation. The analysis of the Czech policy guidelines points out that since the 60s of the 19th century, the Czechs have embraced two contrary orientations of constitutional law. The first was the conservative, federalist orientation, represented by the “elder Czechs”, dominated by the ideology of bohemian state's rights who, from the so-called fundamental article in 1871, aimed to expand the national territorial autonomy, respectively the political hegemony of the Czechs upon on all the regions of the Bohemian Kingdom, including those inhabited by Germans.

The other orientation, a liberal one, visible especially from the late 19th century, of the “young Czechs”, headed by their chief Karel Kramar, although advocating the preservation of the integrity of Cisleithania, militated for a program of nationalized public law extended not only over Bohemia but also over Moravia and Silesia, meant to prepare for the eventuality of a national state perspective, along with Austria or even without it. On the other hand, the Czechs' relations with Austria were more negative than positive due to political developments after 1848. In the matter of foreign policy, where the “elder Czechs” followers were adepts of the “Austrian Slavism” promoted by Fr. Palacky, subsequently the “young Czechs” have shown their opposition to the approach towards Austria-Hungary and Germany, declaring their sympathy for Russia and Pan-Slavism. The self-administration successfully promoted at communal and district level in Bohemia offered strong support to the ritualized nationalism, contributing to the awakening of and spreading the idea of state autonomy. To this was added the fact that after the change of the century, in early 20th century, while promoting self-administration we are witnessing a process exacerbated by nationalization of bureaucracy, so that World War I emerged as the catalyst that led to the collapse of the Habsburg Monarchy and to the proclamation of an independent Czechoslovak state.